
Runder Tisch Kinderarmut (RTA)

Ergebnisprotokoll

20. August 2013 • Haus der Jugend, Kleiner Saal

Teilnehmende

s. Anlage

Sitzungsmoderation

Herr Haake (Diakonisches Werk für Stadt und Landkreis Osnabrück)

Protokoll

Frau Prabel (Bildungsbüro Osnabrück)

Begrüßung

Herr Haake begrüßt die Anwesenden. Frau Tromp teilt mit, dass der DGB sich aus inhaltlichen Gründen aus der Mitarbeit im Runden Tisch Kinderarmut zurückgezogen hat. Herr Haake nimmt den Rücktritt mit Bedauern zur Kenntnis.

1. Stand des Verfahrens für Projekte aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) und Reflexion des Antragsverfahrens

Frau Tromp teilt mit, dass die Verwaltung eine Vorlage erarbeitet hat (s. Tischvorlage), die ab September in den Ausschüssen behandelt wird.

Herr Haake erbittet Rückmeldungen zum Antragsverfahren. Auf Nachfrage von Frau Brandes-Steggewentz erklärt Frau Tromp, dass aus formalen Gründen der Ursprungsantrag des Frauenhauses der Vorlage beigefügt wurde. Der Runde Tisch Kinderarmut kommt überein, es sei nicht schädlich, den überarbeiteten Antrag des Frauenhauses in die Ausschüsse zu geben.

Frau Niemann äußert den Wunsch, zukünftige Vergabeverfahren noch stärker an die Öffentlichkeit zu bringen, um mehr Träger zu erreichen.

Herr Funke betont, der RTA spreche lediglich eine Empfehlung für den Rat der Stadt Osnabrück aus und sei nicht für die Vergabe von Geldern zuständig. In erster Linie gehe es um die Besprechung von Inhalten.

Herr Haake bemerkt zusammenfassend, es sei im nun abgeschlossenen Antrags- und Bewertungsverfahren ein ausgewogenes Meinungsbild entstanden.

2. Das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) in der öffentlichen Diskussion (Input: Manfred Flore)

Herr Flore erklärt in seinem Vortrag die Entstehung und Grundzüge des Bildungs- und Teilhabepaketes und fasst die gängigen Einwände großer Organisationen wie bspw. des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, des Diakonischen Werkes, der Armutsnetzwerke oder wissenschaftlicher Einrichtungen zusammen. Demnach steht die Verfassungsmäßigkeit des BuT-Paketes in verschiedener Hinsicht in Frage. Zentrale Punkte sind hierbei erstens die Diskriminierung von Eltern durch die Abweichung vom Regelsatzverfahren unter der Unterstellung, das Geld käme den Kindern nicht zugute, zweitens die Annahme, die Kommunen hätten ein hohes Einsparpotenzial, da ein großer Anteil der Berechtigten keinen BuT-Antrag stelle, drittens der hohe Verwaltungsaufwand, der mit der Bearbeitung der Anträge einhergehe.

Herr Kunze erläutert auf Anfrage von Herrn Haake die Sachlage zum BuT-Paket in Osnabrück (s. hierzu die Anlagen 1-3). Bezugnehmend auf die Einwände zum BuT-Paket äußert er, Aufgabe der Verwaltung sei es nicht, die Bestimmungen zu kritisieren, sondern sie auszuführen. Auch verwahrt er sich gegen die Annahme, die Verwaltung folge dem Ziel, Mittel einzusparen. Jedes Kind, das die Berechtigung zum Erhalt der Mittel bescheinigt bekommen habe, bekäme diese auch bewilligt; die Bewilligungskriterien würden nicht restriktiv angewendet. Zum Verwaltungsaufwand: In der Regel können die Anträge schnell und unbürokratisch abgearbeitet und abgerechnet werden; lediglich bei unstimmgigen Anträgen müsse nachgefragt werden.

Herr Schwab ergänzt, der Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag habe sich in der Frage des finanziellen Ausgleichs der Kommunen für Bildungsausgaben auf eine Beteiligung des Bundes in Höhe von 400 Mio. €/Jahr geeinigt. Die BuT-Mittel seien auch als Anreiz für Kommunen gedacht gewesen, die in den Bereichen Schulsozialarbeit und Mittagessen in Horten noch unterdurchschnittlich ausgestattet seien und erläutert in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen Ausprägungen von Schulsozialarbeit und Jugendhilfe in verschiedenen Städten.

Herr Funke schließt sich der Kritik an den BuT-Mitteln an: Die Betroffenen müssten Anträge stellen und diese von dritter Stelle bestätigen lassen, für die dies oftmals ein unbezahlter Aufwand sei. Problematisch sei auch, dass es von 10 €/Monat bspw. nicht möglich sei, ein Instrument zu lernen, da die Anschaffungskosten für ein Instrument den Beitrag von 10 € übersteigen.

Frau Brandes-Steggewentz fragt nach, wie viele Berechtigte bspw. Anträge gestellt haben. Herr Kunze stellt in Aussicht, die Daten nachzuliefern (s. Anlagen 1-3).

Herr Flore stellt klar, dass seine Ausführungen nicht seine Meinung wiedergäben, sondern er das von ihm Zusammengetragene referiert habe. Dabei handele es sich um eine Kritik der Organisationen am Gesetzgeber. Er äußert seine kritische Haltung zum Bild des Gesetzgebers von betroffenen Eltern – das Geld für die BuT-Mittel hätte der Bund demnach auch in eine Erhöhung der Regelsätze fließen lassen können. Eine fundierte Begründung für dieses Handeln stehe jedoch noch aus.

Frau Brockfeld verweist auf die Möglichkeit, Eltern bspw. über Flyer in leichter Sprache auf die Möglichkeit der Antragstellung im Rahmen von BuT hinzuweisen. Auch im Bereich Schule gebe es im Rahmen von Elternabenden Erfolge im Hinblick auf bessere Erreichbarkeit und Aufklärung.

Frau van Melis erklärt, wichtig sei es, den Familien nicht nur die Teilhabe über BuT zu ermöglichen, sondern Familien über Arbeitsmarktteilhabe zu stabilisieren.

Herr Igelmann weist im Zusammenhang mit dem Auftreten von vier bis fünf Kindern pro Jahr aus Bulgarien an der Stüveschule, die keine Krankenversicherung und keinerlei soziale Ansprüche haben, auf das Problem von Kindeswohlgefährdungen hin.

Allgemein wird es in der Diskussion als problematisch erachtet, Menschen in prekären Lebenslagen im Hinblick auf die Geldverwendung unter Generalverdacht zu stellen, wenn auch Familien bekannt seien, die das Geld nicht für die Bedarfe ihrer Kinder verwenden. In diesem Zusammenhang weist Herr Haake auf eine Studie des Diakonischen Werkes hin, in der festgestellt worden sei, dass allein der Schulbedarf eines Kindes 800 € pro Jahr betrage.

3. Best practice Beispiel: Projekt „Kick it in Osna“ (Martin Igelmann)

Herr Igelmann stellt das Projekt „Kick it in Osna“ vor, das an der Stüveschule in Kooperation mit Blau-Weiß Schinkel und der Universität Osnabrück durchgeführt wird und Mädchen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit bietet, Fußball zu spielen und eine Ausbildung zur Trainerassistentin zu machen. Dies fördere die Akzeptanz in den Familien. Der Aufwand im Zusammenhang mit den BuT-Anträgen werde von Schulleitern und anderen Ehrenamtlichen geleistet, dies sei viel Arbeit gegen Widerstände. Hierzu liegen Herrn Igelmann Rückmeldungen von Vereinen vor, die insb. das Überweisungssystem kritisieren und dass Anträge nur donnerstags angenommen werden.

Hinweis der Sozialverwaltung: Da einzelne Vereine ausdrücklich um monatliche Überweisung gebeten haben, werden die Sportvereine ab sofort gefragt, ob sie eine monatliche Überweisung wünschen oder sofort den Gesamtbetrag.

4. Mitteilungen und Anfragen

Herr Haake ruft die Mitglieder des RTA auf, sich in die zukünftige Themenfindung des Gremiums einzubringen. Er erklärt, der Vorbereitungskreis sei in diesem Sinne offen für Erweiterungen und den Austausch von Mitgliedern.

5. Sonstiges / Termine

Die nächste Sitzung des RTA findet am 29.10.2013 um 17.00 Uhr im Haus der Jugend, kleiner Saal, statt.